

## Kurznachrichten der Deutschen Weltallianz (DWA)

**Berlin** Bei der 17. Sitzung der deutsch-rumänischen Regierungskommission stand die deutsche Volksgruppe in Rumänien zur Debatte. Dabei betonten beide Seiten, die deutsche Minderheit auf Basis des Vertrages vom 21. April 1992 mit kulturellen und bildungspolitischen Projekten zu unterstützen. Förderungszusagen kamen auch von den beiden Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg. Bundesbeauftragter H. Koschyk erklärte gegenüber der Presse: „Gemeinsam mit der rumänischen Regierung wollen wir auch weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Festigung der Identität der deutschen Minderheit in Rumänien leisten.“

**Laibach** Eine ganz andere Erfahrung mußte Österreichs Außenminister Sebastian Kurz bei seinem Staatsbesuch in Slowenien machen. Dort kämpft die kleine deutsche Minderheit seit Beginn der 1990er Jahren um ihre Anerkennung als autochthone Volksgruppe. Laibachs Außenminister Karl Erjavec hält gegenüber Kurz die dafür notwendige Änderung in der slowenischen Verfassung für derzeit unmöglich. Er erklärte vielmehr, daß die deutsche Volksgruppe in Slowenien ohnehin „alle gesetzlichen Rechte“ beanspruchen könne.

**BR Deutschland** Die deutsche Öffentlichkeit hat wieder einen Nazi-Skandal. Diesmal wurde der seit Jahrzehnten bekannte Sänger Heino von Jan Delay, seines Zeichens Rapper, in einem Interview wie folgt beschrieben: „Alle sagten plötzlich: Ist doch lustig, ist doch Heino. Nee, das ist ein Nazi.“ Heino hatte zuletzt populäre Lieder aus der deutschen Rockszenen aufgenommen und in seinem unverkennbaren Stil zum Besten gegeben. Das ärgert natürlich die progressive Creme de la Creme der deutschen Musikszene. Welcher Musiker möchte schon, daß ausgerechnet Heino seine Musik nachsingt? Heino jedenfalls klagt jetzt Jan Delay, denn, so der Barde, „einen Nazi lasse ich mich nicht schimpfen.“

**Budapest** Gegenüber dem deutschen TV-Sender ARD meinte der ungarische Historiker Krisztián Ungváry zur Aufarbeitung der Geschichte seiner Heimat im Zweiten Weltkrieg kritisch: „Im Unterricht werden Geschichtsbücher eingesetzt, über die überhaupt kein Konsens besteht.

(...) Das Besetzungsdenkmal [gemeint ist das geplante Denkmal zur Erinnerung an die deutsche Besetzung von 1944] ist ein Persilschein, ein Verteilungsautomat, an dem sich jeder seine Unschuld abholen kann.“ Die Parallelen zu anderen europäischen Ländern seien unübersehbar. Auch in Osteuropa habe die NS-Besetzungszeit als Rechtfertigung für allerlei Verbrechen gedient, die vor allem die volksdeutsche Bevölkerung ab 1944/45 zu spüren bekommen habe.

**Polen** Die ehemalige polnische Bildungsministerin Krystyna Łybacka ließ mit einem sehr interessanten Vorschlag aufwarten. In einem Interview sprach sie sich dafür aus, daß in den polnischen Schulbüchern auch die ethnischen Minderheiten und deren Geschichte und kulturellen Beiträge berücksichtigt werden sollten. Łybacka meint dazu wörtlich: „Die Schulbücher für litauische oder weißrussische Kinder sind schon seit Jahren durch den Staat gefordert, weil die Verlage für so eine kleine Zielgruppe nichts herausgeben wollten. Die deutsche Minderheit hingegen war von der Größe her immer ein kommerzieller Klient. Jetzt muß man aber im Namen der gerechten Chancen und der internationalen Verträge, die Polen unterschrieben hat, sich auch um diese Kinder kümmern.“

**Dänemark** Im Mai 2014 fand im deutsch-dänischen Grenzraum der Kongreß der FUEV (Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen) statt. Die dort von der FUEV aufgestellten Forderungen verfolgen ein sehr ambitioniertes Programm und lauten: Ethnische Minderheiten sollen im jeweiligen Heimatland das Recht auf politische Mitgestaltung (Partizipation) erhalten und über eigene, vom Staat geförderte Medien verfügen, die es ihnen erlauben, die eigene Tradition und ihren Beitrag zum staatlichen Gesamtgefüge öffentlich vorzustellen. Gerade die Arbeit der FUEV ist ein wichtiger Indikator, der zeigt, welche Staaten eine seriöse Minderheitenpolitik betreiben und welche nur Lippenbekenntnisse abgeben.

**Tschechien** Im ehem. deutschen Herrmannseifen (tsch. Heřmanovy Sejfy) wurde wieder ein Grab mit 1945 ermordeten Sudetendeutschen entdeckt. Es geht um fünf männliche Leichen, die nach Anga-

ben von Historikern und der örtlichen Polizei im Sommer 1945 gezwungen worden waren, vor den Augen der Dorfbevölkerung ihr eigenes Grab zu schaufeln, ehe sie erschossen wurden.

**Belgrad** Serbiens neue rechtskonservative Regierung unter Aleksandar Vucic hat dem Land einen radikalen Spar- und Sanierungskurs verordnet. Angesichts solcher drastischen Einsparungen, die freilich weite Teile der arbeitenden Bevölkerung treffen, wird sich zeigen, ob etwa Entschädigungsfragen im Sinne der vertriebenen und enteigneten ehemaligen deutschen (donauschwäbischen) Bevölkerung gelöst werden können. Zum Wählerklientel von Vucic zählt außerdem die vielfach nationalserbisch eingestellte Landbevölkerung, und die wird angesichts donauschwäbischer Restitutionsforderungen wohl klar verständliche Signale nach Belgrad senden, die da lauten: „Mit uns bestimmt nicht!“ Gerade die seit zwei Jahrzehnten von Kroatien betriebene Verschleppungspolitik in der Entschädigungsfrage sollte den Vertriebenen ein Lehrbeispiel sein.

**Florida** Die tradit. deutschen Kulturtag (German Heritagefest) in Florida 2014 standen diesmal unter einem kulturellen Schwerpunkt. Gezeigt wurden nämlich antike Schaumburger Trachten. Rund 600 Personen waren zum Fest gekommen. Veranstaltet wurde das farbenfrohe Trachtenfest vom Deutsch-Amerikanischen Club in Florida. Zu den Ehrengästen zählte Jürgen Borsch, deutscher Generalkonsul in den USA.

**Ukraine** Der Minderheiten- und Ausiedlerbeauftragte der deutschen Bundesregierung Koschyk begrüßte die jüngste Erklärung des „Rates der Deutschen in der Ukraine“. Darin spricht sich der Rat für eine friedliche Lösung des russisch-ukrainischen Konfliktes aus. Der Lage der deutschen Volksgruppe in der Ukraine stellt Koschyk ein positives Zeugnis aus: „Ziel der deutschen Politik ist es, daß sich die deutsche Minderheit in der Ukraine mit ihrer eigenen Identität und Geschichte selbst verwalten kann. Die deutsche Minderheit in der Ukraine befindet sich auf einem sehr guten Weg, bei dem Aufbau eines neuen ukrainischen Staatswesens tatkräftig mitzuwirken.“ Die deutsche Volksgruppe in der Ukraine mit dem Zentrum Kiew umfaßt rund 30.000 Mitglieder.